



© Matthias Hebbe, Köln

Gesellschaft im Ausverkauf?

Sozialethische Überlegungen zur Ökonomisierung

Die Gesetze der Marktwirtschaft drängen in immer mehr Lebensbereiche. Gemeindeschreiber werden zu Geschäftsführern, Spitalabteilungen zu Profitzentren. Sogar Altersheime, Kindergärten und Kirchen sehen sich als kundenorientierte Anbieter. Behörden locken Firmen mit Standortvorteilen. Der Staat trimmt sich für den internationalen Wettbewerb fit. Was nicht rentiert, wird in Frage gestellt. Die Wirtschaft wirkt wie eine riesige Maschinerie, der sich niemand entziehen kann. Doch ist der Nutzen für die Gesellschaft wirklich am höchsten, wenn «Marktfreiheit» herrscht? Können Working Poor und Arbeitslose getrost auf den Aufschwung hoffen und finanziell angeschlagene Sozialwerke dem Wachstum vertrauen? Auch wenn wir an die Natur oder an die Weltlage denken: Wir spüren Zweifel und Unbehagen. Wohin führt die Dominanz eines Wirtschaftsdenkens, das nur beschränkt die Wirklichkeiten des Lebens erfasst?



Marktdominanz

Die Ökonomie dominiert immer mehr Lebensbereiche. Weltweit wird ein Gesellschaftsmodell propagiert, das mit maximaler *wirtschaftlicher* Freiheit mehr persönliche Autonomie und allgemeinen Wohlstand verheißt. Gleichzeitig verlangt es, den Staat und die öffentliche Versorgung abzubauen.

Machtverlagerungen

Die letzten Jahrzehnte sind geprägt von einschneidenden Entwicklungen. Europa wurde zum einheitlichen Wirtschaftsraum. Mit der Sowjetunion zerfiel das kommunistische Gegenüber zur «kapitalistischen Welt». Die Globalisierung konzentrierte wirtschaftliche Macht und drängte den Einfluss von Nationalstaaten zurück. Gleichzeitig etablierte sich eine Unternehmensphilosophie, die Aktiengewinne über den Erhalt von Arbeitsplätzen stellt. Geänderte Erfolgskriterien für das Wirtschaften belasteten die Gemeinwesen mit hoher Arbeitslosigkeit und steigenden Sozialkosten.

sehen... urteilen... handeln!

Gewagtes «Gesellschaftsexperiment»

Einseitiges Marktdenken verschiebt auch in der Schweiz die Prioritäten. Der Service Public wird zurückgefahren, Sozialwerke und die öffentliche Hand kürzen Leistungen, der Umweltschutz wird vernachlässigt.

Die Arbeitsbedingungen sind härter und unsicherer geworden. Immer häufiger werden Menschen nur noch auf Abruf oder bei Scheinselbständigkeit beschäftigt. Und die Arbeit ist ungleich verteilt: Während Überstunden bei vielen die Regel statt eine Ausnahme darstellen, steigt die Zahl der Erwerbslosen und Ausgesteuerten. Immer mehr Leute benötigen Sozialhilfe, um trotz Vollzeit-Job nicht unter dem Existenzminimum leben zu müssen (Working Poor). Gleichzeitig steigen Spitzenlöhne und Sonderzuschüsse von Managern ins Unermessliche.

Strafen statt helfen?

Caritas Schweiz schätzte Ende 2005 eine Million Armutsbetroffene in der Schweiz. Ein immer grösser werdender Teil der Gesellschaft erfährt Verschlechterungen der Lebensbedingungen und soziale Ausgrenzung. Wie stabil ist der gesellschaftliche Friede, wenn die reichsten zehn Prozent der Schweizerinnen und Schweizer 70 Prozent des gesamten Vermögens besitzen?

Das Beispiel der USA zeigt, wohin sich eine «reine Marktgesellschaft» bewegt: Die Armutsbetroffenheit ist dort deutlich grösser als in den entwickelten Ländern Europas. Ein Drittel der AmerikanerInnen erleidet sozialen Ausschluss. Es bildet sich eine wachsende «Unterklasse» mit Schwarzarbeit, Kinderkriminalität, Drogenhandel und Prostitution. Die USA verbessern aber nicht etwa ihre Beschäftigungs-, Sozial- und Bildungspolitik, sondern sie verschärfen den Strafbereich.

Neoliberales Credo

Der Abbau beim Staat und im Sozialwesen ist von einflussreichen Wirtschaftskreisen gewollt und wird von der politischen Mehrheit angestrebt. Das Senken der Staatsquote verbessere die internationale Wettbewerbsfähigkeit und kurble das Wachstum an, lautet ihr Credo. Hohe Sozialstandards, viele Umweltvorschriften und Arbeitnehmerrechte würden zu Standortnachteilen und zur Verlagerung von Produktionsbetrieben in Billiglohnländer mit weniger ökologischen Auflagen führen. Die Marktlogik legt alles

drauf an, sich im Kräftespiel von Angebot und Nachfrage zu behaupten. Jeder müsse Unternehmer sein und gemäss Marktgesetzen handeln. Dies allein garantiere letztlich lokalen und globalen Wohlstand. Selbstverantwortung wird gefordert, Solidarität zunehmend belächelt.

Wachstum ohne Wohlfahrt?

Eine umfassende Studie von Peter Lindert, Wirtschaftsprofessor an der kalifornischen Universität Davis, kam 2004 zu einem andern Schluss: Sozial ausgebaute Wohlfahrtsstaaten sind wirtschaftlich *nicht* im Nachteil gegenüber schlanken marktwirtschaftlich ausgerichteten Ländern! Im langfristigen Quervergleich wurden die Sozialausgaben von 22 Ländern untersucht. 1994 bis 2003 wiesen hoch besteuerte und grosszügige Sozialstaaten wie Schweden, Finnland oder Holland einen höheren jährlichen Produktivitätszuwachs aus als die US-Marktwirtschaft. Auch die schweizerische Erfahrung widerspricht gängiger Wirtschaftstheorie: Unser Land hatte in den 90er-Jahren von allen OECD-Staaten das tiefste Wachstum des Bruttoinlandproduktes. Aber es verzeichnete

die tiefste Arbeitslosen- und die fast höchste Beschäftigungsquote. Dennoch mahnte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) anfangs 2006 die Schweiz, Steuern und öffentliche Ausgaben zu senken, damit die Wirtschaft stärker wachse.

Globales Ungleichgewicht

Die wirtschaftliche Globalisierung half der Weltgemeinschaft bisher kaum aus ihren Problemen. Armut, Elend und Hunger in unterentwickelten Regionen und die weltweite Ungleichheit nehmen noch immer zu. Die bisherigen Liberalisierungsschritte im Weltmarkt änderten daran wenig.

Umweltgefährdung

Auch die ökologische Situation der Erde verschlechtert sich. Realisieren die bevölkerungsreichen Entwicklungsländer nur einen Bruchteil unseres Verbrauchs, dann werden die natürlichen Lebensgrundlagen bald erschöpft sein. 1998 und 2004 warnte das Worldwatch Institute: Wenn die Weltwirtschaft nicht nachhaltig wird, kommt ein globaler Umweltkollaps auf uns zu.



© Matthias Rabbe, Köln

urteilen...

Das christlichsoziale Weltverständnis gibt mit seinen Prinzipien wertvolle Orientierungshilfe.

Personalitätsprinzip

Das Personalitätsprinzip mahnt, menschliche Würde und Bedeutung nicht ausschliesslich von Leistung und Erfolg abhängig zu machen. Die Wirtschaft hat den Menschen und ihrer Entfaltung zu dienen. Sie dürfen nicht zu Sklaven der Ökonomie werden. Vom christlichen Menschenbild her muss vor Verabsolutierung gewarnt werden: Wenn wir den Markt zum einzigen Massstab machen, weisen wir ihm eine «gottähnliche» Rolle zu.

Nicht Geld allein

Eingleisiges Wirtschaftsdenken reduziert Menschen zu Produzenten und Konsumenten. Einen Marktwert hat nur, was sich verkaufen lässt. Familienarbeit, Nachbarschaftshilfe, Fürsorge oder Kontemplation haben in dieser Betrachtungsweise kaum Platz. Sie verkennt, dass wir Gemeinschaftswesen sind, die Lebenssinn, Wertschätzung, Liebe, Gerechtigkeit, Solidarität zu ihrem Glück brauchen. Hinter der Überbewertung von Kapital und Rendite steht die alte Versuchung, dem «Mammon» statt dem Leben zu dienen. Purer Kapitalismus wird ebenso wenig Bestand haben wie Kommunismus in «Reinkultur». Weder absolute Freiheit noch ein Leben nach Vorschrift ist den Menschen angemessen.

Schrankenlose Selbstbestimmung als Wohlstandsrezept widerspricht dem Personalitätsprinzip. Denn ungleiche Voraussetzungen führen fast überall zu privilegierten Gewinnern und chancenlosen Verlierern. Reiche werden reicher und die Armen zahlreicher.

Unsachgemäss?

Die Ökonomie orientiert sich hauptsächlich an einer in Geldwerten messbaren Effizienz. Diese ist jedoch nur ein kleiner Teil der Wirklichkeit. Es sollen daher nicht nur andere Lebensrealitäten mitberücksichtigt werden, sondern bei den angewandten wirtschaft-



© Matthias Rabbe, Köln

lichen Methoden und Erfolgskriterien ist zu überprüfen, ob sie wirklich *sachgemäss* sind. Denn viele «wirtschaftliche Wahrheiten» sind auch innerhalb der Ökonomie umstritten.

Gemeinwohlprinzip

Das Gemeinwohlprinzip begrenzt Einzelinteressen und die Verfügungsgewalt über Besitz. Grenzen sind dort zu setzen, wo Markt und Wettbewerb Leitlinien benötigen, um das Wohl aller zu fördern. Ziel des Wirtschaftens muss Lebensqualität für *alle* Menschen sein. Niemand soll übermässig begünstigt oder belastet werden.

Problematisches Wachstum

Je mehr Wachstum, desto mehr Wohlstand, lautet die eingängige Formel. Doch selbst Ökonomen widersprechen: Wachstum erfasst vieles nicht. Eine intakte Natur bleibt unberücksichtigt, nur deren «Reparatur» zählt. Auch Unfälle und Krankheiten erhöhen das Bruttoinlandprodukt, auf dem Wachstumszahlen basieren. Nur *Lohn*-Arbeit zählt dazu, aber unabhängig davon, ob sie nützlich ist oder Schaden anrichtet. In vielen Volkswirtschaften wirkt die Rüstungsindustrie als Wachstumsmotor.

Das Worldwatch Institute stuft das gegenwärtige Wirtschaftswachstum als umweltbedrohend ein. Weil weltweit mit steigenden

Gewinnen zunehmend mehr produziert wird, drängt sich immer mehr die Frage nach einer gerechten Verteilung der Güter und des Wohlstandes auf.

Begriffsmanipulation

Eine einseitige ökonomische Betrachtungsweise verführt uns zu einem Denken und einer Sprache, die andere Lebenswirklichkeiten ausblenden. Der *Staat* wird zum Feindbild gemacht, obwohl er der zuverlässigste Garant ist für Recht und Ordnung, für soziale und demokratische Rahmenbedingungen zum Wohl aller. Dass sogar Politverantwortliche diesem Irrtum erliegen, wirkt verheerend.

Das Gemeinwohlprinzip setzt hinter gängige Marktbegriffe Fragezeichen: Schafft Wirtschaftsliberalismus nicht vor allem Freiheit für Privilegierte? Bedeutet *Deregulierung* nicht oft, dass wir – in langen Kämpfen erungene – demokratische Einrichtungen aufgeben und sie der Macht des Kapitals ausliefern? Gaukelt *Privatisierung* nicht Freiheit vor, wo wirtschaftlicher Zwang entsteht? Bisher in einem Gemeinschaftssinn besorgte Aufgaben werden dem Markt übergeben. Doch dieser wird von transnationalen Konzernen dominiert, die oft reicher als Staaten sind. Solche Unternehmen «produzieren» sehr viel Öffentlichkeit, indem sie über die Beschäftigung oder Entlassung von Tausenden bestimmen.



© Vera Markus, Zürich

Marktblindheit

Ein wirklich gutes Marktsystem benötigt nur wenig staatliche Eingriffe, um die Aufspaltung der Menschheit in Superreiche und Bettelarme zu verhindern. Aber so, wie zurzeit die «Verwirtschaftlichung» des Lebens weitergeht, reisst sie immer mehr humanistische und soziale Leitplanken der Gesellschaft nieder. Es wird übersehen, dass für eine funktionierende Wirtschaft Grundlagen nötig sind, welche sie selber nicht garantieren kann: zum Beispiel Vertrauen, Treu und Glauben, Ehrlichkeit. Dazu zählen auch so genannte Schweizerische Standortvorteile wie der Arbeitsfriede, das gute Berufsbildungssystem, Zuverlässigkeit und Qualität. Eine verkürzte Sicht auf Markt und Wirtschaft gefährdet deren Basis: Ohne natürliche Ressourcen, sichere Strukturen und tragende Werte funktionieren sie nicht auf Dauer. Darum braucht jeder Markt ein bestimmtes Mass an Lenkung und Ausgleich.

Sozialausgaben bremsen nicht

Dominierende Wirtschaftskreise vertreten die Ansicht, der Aufschwung werde durch hohe Steuern und Sozialausgaben gebremst. Die Studie von Peter Lindert jedoch zeigt: Ob eine Wirtschaft wächst und wie stark sie ist, hat praktisch nichts mit den Sozialausgaben zu tun. Diese fliessen zurück in den Kreislauf und stärken die Kaufkraft der Unterstützten. Steuern finanzieren öffentliche Aufgaben und bereiten so der Wirtschaft einen zuverlässigen Boden.

Die zunehmende Verarmung und die entsprechende Belastung der Sozialwerke haben andere Ursachen. Sind sie nicht auch hervorgerufen durch ein Wirtschaften gemäss der Devise «Gewinne werden privatisiert, entstehende Sozillasten der Allgemeinheit überwältzt»? Durch Steuerbegünstigungen beziehen Firmen gar öffentliche Unterstützung, welche sie sozial Bedürftigen teilweise absprechen.

Subsidiaritätsprinzip

Subsidiarität als Ordnungsprinzip wägt ab: Einerseits haben der Kanton oder der Bund nicht Aufgaben an sich zu reissen, die zum Beispiel Gemeinden oder Familien besser erfüllen. Andererseits darf die Forderung nach Eigenverantwortung nicht bedeuten, dass notwendige Hilfen entzogen werden. Was Einzelne nicht leisten können, soll das Ge-

meinwesen übernehmen. In Kommissionen, Räten, Vereinen, Verbänden, Organisationen, Kirchen und Gemeinden können wir vor Ort das öffentliche Leben mitgestalten. Es ist fragwürdig, einzig aufgrund von ökonomischen Effizienzkriterien solche gewachsenen Strukturen aufzugeben. Oft müssen sie nur verbessert und angepasst werden.

Welt-Strukturbedarf

Durch die Globalisierung gibt es immer mehr Bereiche, welche einzelne Staaten überfordern. Damit werden internationale Organisationen wie die EU oder die UNO immer wichtiger. Gleichzeitig wird es dringlich, dass solche Gemeinschaftswerke ihre funktionalen und basisdemokratischen Strukturen erweitern. Die sich türmenden Weltprobleme zeigen auch Entwicklungsbedarf bei der Weltbank, beim internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Welthandelsorganisation WTO.



© Matthias Rabbe, Köln



Aus dem bisher Aufgezeigten ergeben sich konkrete Forderungen. Unerlässlich ist es, die Ökonomie einerseits in ihre Schranken zu weisen und ihr andererseits «einen neuen Geist» zu geben.

1. Setzen wir uns persönlich und mit anderen für Lebensqualität ein!

Wir alle haben – daheim, im Betrieb, in der Öffentlichkeit – eine persönliche Verantwortung, für menschliche Werte einzustehen. Wir sind aufgefordert, mehr im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Erarbeiten wir gemeinsam, was wir in den jeweiligen Arbeits- und Lebensbereichen konkret verbessern können. Machen wir uns kundig über Zusammenhänge; Fachwissen ist nötig, um ethisch richtig zu handeln. Dies kann in kleinen Gruppen geschehen, indem wir gemeinsam lesen, nachdenken und Fragen klären. Schaffen wir an neuen Masstäben, Ideen, Visionen, und setzen wir sie in die Tat um. Entwickeln wir Lösungen weiter!

2. Die Wirtschaft soll in eine Gesamtschau «eingebettet» werden.

Verstehen wir Wirtschaften als Gesamtbeziehung menschlichen Arbeitens und Lebens! Der *Zwang* zu Wachstum, Wettbewerb und Konzentration *darf* hinterfragt werden. Alles, was die Schöpfung schädigt, produziert letztlich Kosten. Was hilft, dass es der Menschheit und der Natur besser geht, lohnt sich. Das grosse Innovationspotential des Umweltschutzes und des (weltweiten) sozialen Ausgleichs darf nicht länger ignoriert werden. Verhaltensänderungen zeigen sich etwa beim Einkaufen (vgl. *perspe©tive* 1), oder in der Wahl von Ferenzielen und Verkehrsmitteln.

3. Wir sind herausgefordert, demokratisch für Systemkorrekturen zu kämpfen.

Die Ohnmacht des Einzelnen kann in Glauben auf eine menschlichere Welt übergehen, wenn wir uns mehr in Basisorganisationen engagieren und zusammenschliessen. Den Gewerkschaften, Kirchen, Friedens- und Umweltverbänden, ArbeiterInnen-, Frauen- und

DrittWeltbewegungen sowie vielen andern Nicht-Regierungs-Organisationen kommt eine grosse Aufgabe zu. *Gewaltloser* Auf- und Widerstand, aber auch unser Mitmachen bei konkreten Initiativen wird nötig sein, um Systemänderungen zu erreichen.

4. UnternehmerInnen müssen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Staatliche Strukturen – Politik, Recht – sollen der Wirtschaft übergeordnet sein. Unternehmen tragen eine soziale Verantwortung. Diese zeigt sich etwa daran, wie sie einen Lohn ansetzen: Reicht er einer Zweikind-Familie zum Leben? Gibt es Anstrengungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (vgl. *perspe©tive* 2)?

Unternehmer schaffen als gesellschaftliche Akteure gemäss ihren Möglichkeiten Arbeitsplätze und gestalten Arbeitsbedingungen menschlich. Gute GeschäftsführerInnen beteiligen ihre Beschäftigten an wichtigen Entscheidungen und am Eigentum. Und sie heizen den Konkurrenz- und Preiskampf in ihrer Branche nicht an. Weitsichtige Manager beteiligen Mitarbeitende am Gewinn und vergrössern ihn nicht durch übertriebenen Leistungsdruck. Zudem achten sie auf die Verhältnismässigkeit ihres eigenen Lohnes. Personalchefs versuchen Überstunden durch neue (Teilzeit-)Stellen zu vermeiden. Sie

sind offen für neue Formen von Job-Sharing, welche die nötige Flexibilität bieten.

5. Kapitalgeber sollen nicht nur Renditeziele verfolgen. Ihre Gewinne sind zu besteuern.

Der globalisierte Finanzmarkt ist krisenanfällig, weil er zur Spekulationswelt verkommen ist. Als Aktionäre verfolgen wir darum auch soziale und ökologische Ziele und unterstützen verantwortungsvolle Unternehmen.

Das Gemeinwohlprinzip erinnert daran, dass Eigentum wie auch Errungenschaften immer mit andern Menschen verbunden sind. Steuern sind Ausdruck dieser Überzeugung. Sie spricht dafür, Kapitalverkehrskontrollen einzuführen sowie Offshore-Zentren abzuschaffen, weil sie zur Geldwäscherei und Steuerflucht missbraucht werden. Eidgenössische ParlamentarierInnen sollen ein Gesetz für Kapitalgewinnsteuern initiieren, wie sie in den meisten EU-Ländern und in den USA bestehen. Kantone und der Bund sollen Kampagnen und Initiativen starten, die eine einheitliche Besteuerung transnationaler Konzerne anstreben, um die Steuerflucht einzudämmen.

6. Politiker und Bürger sollen für einen solidarischen Staat eintreten.

Als engagierte BürgerInnen informieren wir uns ausreichend und nutzen die demokra-



© Matthias Rabbe, Köln

tischen Möglichkeiten. Weitsichtige PolitikerInnen verhalten sich nicht als «Zudiener» des Marktes. Sie gestalten ein Staatswesen mit, welches die Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls regelt und lenkt. Dazu gehört eine gerechte Besteuerung und eine ausreichende Grundversorgung. Der Staat soll in wirtschaftlich guten Zeiten Schulden abbauen und in Rezessionen die Konjunktur ausgabenseitig stützen. Und er soll die kleinen und mittleren Unternehmungen als Rückgrat jeder gesunden Volkswirtschaft fördern. Zunehmende Verarmung und Ausgrenzung fordern politisch und wirtschaftlich Verantwortliche heraus: Wie kann das Bruttozialprodukt gerechter «verteilt» werden? Durch ein garantiertes Grundeinkommen, das an bestimmte Leistungen geknüpft ist?

7. Umwelt- und Sozialnormen müssen global durchgesetzt werden.

Verantwortliches Marktverhalten erfordert internationale Handelsabkommen mit Sozial- und Ökokulauseln. Sie sollen einem Standortwettbewerb entgegenwirken, der ökologische und andere wirtschaftlich nicht erfassbare Kriterien ausser Acht lässt. Dies bedingt, Umweltkosten angemessen auf Produkte zu überwälzen. Ihre Sozial- und Umweltverträglichkeit ist klar zu deklarieren. Gegen Staaten und Konzerne, die Arbeitsrechte missachten, sollen Handelssanktionen ergriffen werden. Umwelt- und Konsumverbrauch sollen stärker als die Arbeit besteuert werden.



© Matthias Rabbe, Köln

8. Gefordert sind eine solidarische Weltpolitik und Wirtschaftsordnung.

Ein globales Ziel muss sein, Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit zu überwinden und den Frieden zu sichern. Dazu ist die UNO zu stärken: Sie muss demokratischer werden und gleichzeitig mehr Macht erhalten. Arme Länder sollen auch in der Weltbank, WTO und im IWF genügend Gewicht erhalten.

Notwendig ist eine Weltwirtschaftsordnung, welche die verschiedenen regionalen Bedürfnisse berücksichtigt. Auch Freihandel verlangt Regeln und kann nur zwischen ähnlich starken Nationen funktionieren. Die Liberalisierungen der WTO sowie die Strukturanpassungspolitik des IWF und der Weltbank sind vor diesem Hintergrund zu hinterfragen.

Impressum

Herausgeberin

Union der Christlichsozialen, Geschäftsstelle
Dorfstrasse 11, 9423 Altenrhein, Tel. +41 (0)71 855 19 47,
www.ucs-ch.org, info@usc-ch.org

Redaktion

Text: Theo Bühlmann, PR- und Medienschaffender,
Fuchsacker 3, 6233 Büron.

Mitarbeit: Thomas Wallimann, Sozialinstitut KAB, Ausstellungsstr. 21, Pf. 1663, 8031 Zürich, Tel. 044 271 00 32,
www.sozialinstitut-kab.ch.

Verantwortlich für diese Nummer:

Thomas Wallimann, Sozialinstitut KAB
Bruno Weber-Gobet, Bildungsinstitut für Arbeitnehmende
ARC, Hopfenweg 21, Pf. 5775, 3001 Bern,
Tel. 031 370 21 11, www.travailsuisse.ch

Preis:

Einzelnummer: Fr 4.80
Abonnement: Fr. 12.00 (4 Nummern)
Satz à 10 Stück: Fr. 12.00
Satz à 50 Stück: Fr. 40.00
(+Versandkosten).

Bestelladresse: info@ucs-ch.org,

Tel. +41 (0)71 855 19 47, Fax +41 (0)71 855 19 28